

DEUTSCHES INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG

WOCHENBERICHT 50/99

Berlin

16. Dezember 1999

66. Jahrgang

Ausländische Investoren in den neuen Bundesländern: Potential noch nicht ausgeschöpft

Im wirtschaftlichen Aufholprozeß muß Ostdeutschland seine wirtschaftliche Basis ausbauen und die Strukturdefizite verringern. Auch Unternehmen aus dem Ausland, die in den neuen Ländern den Zutritt zu neuen Märkten suchen und günstige Investitionsbedingungen vorfinden, haben sich dabei engagiert; die Möglichkeiten zur Anziehung ausländischer Investitionen sind aber noch nicht ausgeschöpft. Das DIW hat im Auftrag des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie eine Bestandsaufnahme der Aktivitäten ausländischer Investoren in Ostdeutschland, ihrer Investitionsmotive und ihres Einflusses auf die Schaffung wettbewerbsfähiger Wirtschaftsstrukturen durchgeführt und wirtschaftspolitische Empfehlungen zur Unterstützung ihres Engagements gegeben.¹ Der Schwerpunkt der Untersuchung lag in der Industrie.

Datenlage

In Deutschland werden die Eigentümer bzw. die Beteiligungsverhältnisse von Unternehmen vom Statistischen Bundesamt bisher nicht erfaßt. Die von der Deutschen Bundesbank in der Zahlungsbilanzstatistik ausgewiesenen Strom- und Bestandsgrößen ausländischer Direktinvestitionen sind keine geeignete Datengrundlage, um Informationen über Umfang und Art des Engagements von Ausländern mit Investitionen in Sachkapital in den neuen Ländern zu erhalten. So wird dort die Art der Verwendung des aus dem Ausland transferierten Kapitals² nicht erfaßt. Unbeachtet bleibt ebenfalls, daß Direktinvestitionen oft inländische Kapitalströme wie Kredite und staatliche Fördermittel nach sich ziehen. Außerdem ist kaum etwas über jene Investitionen in Ostdeutschland bekannt, die von den ausländischen Unternehmen über ihre Gebietszentralen in Westdeutschland getätigt werden.

Deshalb wurden zusätzliche Informationsquellen herangezogen:

- Angaben der Treuhandanstalt und ihrer Nachfolgeeinrichtung, der Bundesanstalt für vereinigungsbedingte Sonderaufgaben (BvS), über die Ergebnisse der Privatisierung;
- Sonderauswertungen der Erhebungen der Deutschen Bundesbank zu einigen wichtigen Kennzahlen (Zahl der Unternehmen, Beschäftigte, Umsatz, Bilanzsumme) von Unternehmen mit ausländischer Kapitalbeteiligung in den fünf neuen Bundesländern und Berlin;

¹ Belitz, Heike, Karl Brenke, Frank Fleischer: Der Beitrag ausländischer Investoren zum Aufbau wettbewerbsfähiger Wirtschaftsstrukturen in den neuen Bundesländern. Gutachten des DIW für das Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie, Berlin, September 1999.

² Einschließlich der reinvestierten Gewinne.

- Ergebnisse aus mehreren schriftlichen Unternehmensbefragungen, die das DIW im Rahmen seines Beitrages zur Untersuchung des wirtschaftlichen Anpassungsprozesses in Ostdeutschland im verarbeitenden Gewerbe im Zeitraum 1991 bis Anfang 1998 durchgeführt hat;³
- Auswertungen des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) Nürnberg aus dem IAB-Betriebspanel.

Um der Frage nachzugehen, welche Motive die ausländischen Unternehmen für ihr Engagement in den neuen Ländern hatten und wie sie die Standortbedingungen dort bewerten, wurden zudem 25 Interviews mit Geschäftsführern oder Vertretern der Geschäftsleitungen von größeren ausländischen Unternehmen in Ostdeutschland durchgeführt. Außerdem dienten Gespräche mit Einrichtungen der Wirtschaftsförderung (Wirtschaftsfördergesellschaften der Länder, Industrial Investment Council IIC) dazu, deren Erfahrungen mit der Ansiedlung ausländischer Investoren auszuwerten.

Umfang und Struktur des Engagements

Im Jahre 1997 waren in den neuen Ländern 120 000 bis 150 000 sozialversicherungspflichtig Beschäftigte in Unternehmen in ausländischem Mehrheitsbesitz tätig. Das waren gut 2 % der dort insgesamt 5,2 Mill. sozialversicherungspflichtig Beschäftigten. Die Zahl der betrieblichen Einheiten von Unternehmen in ausländischem Mehrheitsbesitz wird auf 3 300 bis 4 000 veranschlagt.⁴ Etwa ein Drit-

tel der Beschäftigten ist in sehr kleinen Unternehmen tätig — darunter ein großer Teil außerhalb des produzierenden Gewerbes. Die Zahl der größeren Unternehmen — mit einer Bilanzsumme von mindestens 1 Mill. DM — in ausländischem Besitz in Ostdeutschland (einschließlich Berlin-Ost) wird für Ende 1997 auf knapp 750 geschätzt.⁵ In diesen Unternehmen waren etwa 70 000 Beschäftigte tätig, wovon gut 60 % auf das verarbeitende Gewerbe entfielen. Das Baugewerbe, der Handel und die Dienstleistungen

³ Vgl. Gesamtwirtschaftliche und unternehmerische Anpassungsfortschritte in Ostdeutschland, insgesamt 19 Berichte, veröffentlicht vom Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (in gekürzter Form) in seinen Wochenberichten Nr.12/91, 24/91, 39-40/91, 51-52/91, 12-13/92, 39/92, 52/92, 13/93, 41/93, 15/94, 31/94, 3/95, 27-28/95, 27/96, 3/97, 32/97, 3/98, 33/98 und 23/99.

⁴ Geschätzt auf Basis einer Sonderauswertung des IAB-Betriebspanels. Erhebungseinheiten sind dabei die den Sozialversicherungsträgern meldenden örtlichen betrieblichen Einheiten, in denen die Produktion von Gütern stattfindet. So werden alle Betriebe und Unternehmen mit mindestens einem sozialversicherungspflichtig Beschäftigten erfaßt. Eine Erhebungseinheit kann mit einem Unternehmen identisch sein, wenn es sich um ein Einbetriebsunternehmen handelt. Im Falle von Mehrbetriebsunternehmen mit Betriebsstätten in mehreren Gemeinden ist die Erhebungseinheit nur Teil eines Unternehmens. Lediglich rund 67 % der Betriebe des IAB-Betriebspanels sind unabhängige und eigenständige Unternehmen. Aus der Zahl der Betriebe kann nicht ohne weiteres auf die Zahl der Unternehmen geschlossen werden; sie ist aber in jedem Falle kleiner als die der Betriebe.

⁵ Geschätzt auf der Basis einer Sonderauswertung der Statistik der Deutschen Bundesbank zur Kapitalverflechtung mit dem Ausland. Die Tochterunternehmen können dabei den Bundesländern zugeordnet werden; eine Trennung zwischen Berlin-Ost und Berlin-West ist jedoch nicht möglich.

Tabelle 1

Kenngrößen von Unternehmen¹⁾ mit unmittelbaren und mittelbaren ausländischen Direktinvestitionen in den neuen Ländern²⁾ nach einzelnen Wirtschaftszweigen Stand Ende 1997

Wirtschaftszweig	Unternehmen	Beschäftigte	Umsatz	Anteil an den Beschäftigten	Anteil am Umsatz
	Zahl	Tsd.	Mrd. DM	%	%
Alle Wirtschaftszweige	616	58	24,2	100,0	100,0
Land- u. Forstwirtschaft, Fischerei	17	1	0,3	1,7	1,2
Bergbau und Gewinnung von Steinen u. Erden	6	3	0,8	5,2	3,3
Verarbeitendes Gewerbe	282	36	14,3	62,1	59,1
Energie- und Wasserversorgung	14	1	0,9	1,7	3,7
Baugewerbe	44	6	1,8	10,3	7,4
Handel; Instandsetzung u. Reparatur v. Kfz u. a.	107	5	4,7	8,6	19,4
Gastgewerbe	.	.	.	.	.
Verkehr u. Nachrichtenübermittlung	17	1	0,4	1,7	1,6
Kredit- u. Versicherungsgewerbe	.	.	.	.	.
Unternehmensbezogene Dienstleistungen	114	3	0,6	5,2	2,5
Personenbezogene Dienstleistungen	.	.	.	.	.
Sonstige öffentl. und persönl. Dienstleistungen	9	2	0,4	3,4	1,6

¹⁾ Unternehmen mit einer Bilanzsumme von mehr als 1 Mill. DM, wenn Ausländern mehr als 20 % der Kapitalanteile oder Stimmrechte gehören. — ²⁾ Ohne Berlin-Ost.

Quellen: Deutsche Bundesbank; Berechnungen des DIW.

Tabelle 2

**Kenngrößen von Unternehmen¹⁾ mit unmittelbaren und mittelbaren ausländischen
Direktinvestitionen in den neuen Ländern²⁾ nach einzelnen
Kapitalgeberländern³⁾**
Stand Ende 1997

Herkunftsland	Unternehmen	Beschäftigte	Umsatz	Anteil an den Beschäftigten insgesamt	Anteil am Umsatz insgesamt
	Zahl	Tsd.	Mrd. DM	in %	in %
Alle Länder	616	58	24,2	100,0	100,0
Industrieländer	586	53	23,2	91,4	95,9
EU-Länder	426	39	16,6	67,2	68,6
Belgien	26	4	2,9	6,9	12,0
Dänemark	34	3	1,8	5,2	7,4
Finnland	3	0	0,3	0,0	1,2
Frankreich	44	5	1,6	8,6	6,6
Irland	3	0	0	0,0	0,0
Italien	20	1	0,6	1,7	2,5
Luxemburg	16	2	0,6	3,4	2,5
Niederlande	134	13	6,1	22,4	25,2
Österreich	90	7	2,1	12,1	8,7
Schweden	29	1	0,7	1,7	2,9
Spanien	4	0	0,1	0,0	0,4
Vereinigtes Königreich	30	2	1,4	3,4	5,8
Länder außerhalb der EU	170	15	6,7	25,9	27,7
Japan	.	.	.	.	.
Kanada	3	0	0	0,0	0,0
Liechtenstein	3	0	0	0,0	0,0
Malta	.	.	.	.	.
Norwegen	4	1	0,3	1,7	1,2
Schweiz	102	5	1,5	8,6	6,2
Türkei	.	.	.	.	.
USA	53	8	4,5	13,8	18,6
Reformländer	12	2	0,3	3,4	1,2
Rußland	3	0	0,1	0,0	0,4
Entwicklungsländer	24	3	0,8	5,2	3,3
in Asien und Ozeanien	13	2	0,4	3,4	1,7
Hongkong	.	.	.	.	.
Südkorea	4	1	0,3	1,7	1,2

¹⁾ Unternehmen mit einer Bilanzsumme von mehr als 1 Mill. DM, wenn Ausländern mehr als 20 % der Kapitalanteile oder Stimmrechte gehören. — ²⁾ Ohne Berlin-Ost. — ³⁾ Doppelzählungen durch die Zuordnung der Unternehmen mit mehreren ausländischen Anteilseignern zu jedem Kapitalgeberland.

Quellen: Deutsche Bundesbank; Berechnungen des DIW.

hatten einen Anteil von jeweils etwa einem Zehntel an den Beschäftigten (Tabelle 1).

Herkunftsländer der Mutterunternehmen und Kapitalgeber sind überwiegend die EU-Mitgliedsländer und die USA; in geringerem Maße als im früheren Bundesgebiet kamen Investoren bisher aus den außereuropäischen Industrieländern (Tabelle 2). Da besonders Investoren aus Übersee auch in Zukunft ein Interesse am Ausbau ihrer Marktpositionen in der EU haben dürften, ist unter ihnen ein Potential für Investitionen in den neuen Ländern zu vermuten.

In den neuen Ländern liegt das Schwergewicht der Unternehmen mit ausländischer Kapitalbeteiligung auf dem verarbeitenden Gewerbe und dort auf kapitalintensiven

Branchen. Dies ist auch im früheren Bundesgebiet der Fall. Industrieunternehmen mit ausländischer Kapitalbeteiligung sind in Ostdeutschland aber weniger als im früheren Bundesgebiet in forschungsintensiven Branchen aktiv. Unterschiede gibt es auch im Hinblick auf die übrigen Wirtschaftszweige. So sind ausländische Investoren in Ostdeutschland vergleichsweise stark auf solche Wirtschaftsbereiche orientiert, die natürliche Ressourcen nutzen (Land- und Forstwirtschaft, Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden, Energie und Wasserversorgung) und die auf lokale Märkte ausgerichtet sind, sowie auf solche, in denen schwer handelbare Waren und Leistungen hergestellt werden (Baugewerbe, öffentliche und persönliche Dienstleistungen). Dagegen finden sich vergleichsweise wenige ausländische Unternehmen in den Berei-

chen Verkehr, Nachrichtenübermittlung und Handel sowie bei den unternehmensnahen Dienstleistungen.

Im verarbeitenden Gewerbe der neuen Länder lag der Anteil der Beschäftigten in ausländischen Unternehmen im Jahr 1997 bei 7 % bis 10 %, der des Umsatzes bei 11 % bis 16 %⁶ (Tabelle 3). Das war deutlich weniger als in Westdeutschland, wo die Anteile — seit Jahren fast unverändert — gut 15 % bei den Beschäftigten und 25 % beim Umsatz betrugen. Der Anteil der ausländischen Investoren an den kumulierten Investitionen in der ostdeutschen Industrie im Zeitraum 1991 bis 1998 belief sich auf etwa 15 %. Der Höhepunkt der Investitionsaktivitäten ausländischer Industrieunternehmen in den neuen Ländern wurde im Jahre 1996 — und damit später als bei den anderen Unternehmen — erreicht, seitdem sinken auch ihre Investitionsausgaben (Abbildung 1).

Die größeren ausländischen Unternehmen im verarbeitenden Gewerbe engagieren sich — gemessen an ihrer Zahl, ihren Beschäftigten und ihren Umsätzen — vor allem in Sachsen und Thüringen, wo sich traditionelle Industriezentren Ostdeutschlands befinden. Der größte Anteil an den Bilanzsummen entfiel im Jahre 1997 indes auf das Land Sachsen-Anhalt. Darin schlugen sich wohl vor allem die Investitionsprojekte ausländischer Unternehmen in

Abbildung 1

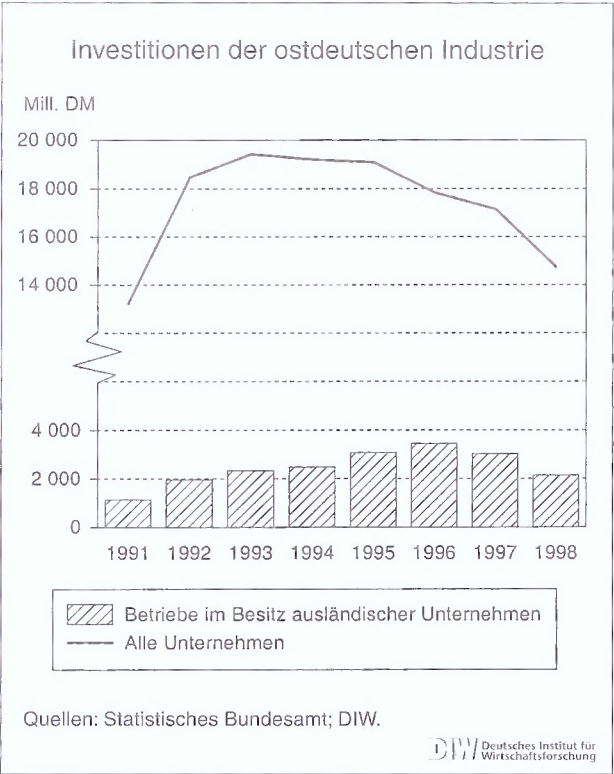


Tabelle 3

Anteile der ausländischen Unternehmen in den neuen Ländern¹⁾ an den Beschäftigten und dem Umsatz im verarbeitenden Gewerbe Ostdeutschlands 1997

	Beschäftigte	Umsatz
Verarbeitendes Gewerbe insgesamt ²⁾	6,9	10,7
Ernährungsgewerbe	1,4	3,8
Tabakverarbeitung	.	.
Textilgewerbe	12,5	16,1
Bekleidungsgewerbe	.	.
Ledergewerbe	.	.
Holzgewerbe	7,7	10,3
Papiergewerbe	20,0	23,2
Verlags- und Druckgewerbe	.	.
Mineralölverarbeitung, Kokerei	.	.
Chemische Industrie	9,4	15,8
Gummi- und Kunststoffwaren	4,0	5,3
Glas, Keramik, Steine und Erden	.	.
Metallerzeugung und -bearbeitung	13,7	19,7
Metallverarbeitung	8,6	16,3
Maschinenbau	7,6	9,4
EDV-Geräte, Büromaschinen	.	.
Elektrotechnik	5,7	4,4
Medientechnik	7,8	6,9
Meß- und Regeltechnik	6,7	6,5
Kraftwagenbau	8,8	24,2
Sonstiger Fahrzeugbau	5,8	9,4
Möbel, Spielwaren	.	.

¹⁾ Ohne Berlin-Ost. — ²⁾ Ohne Recycling und Verlagsgewerbe.
Quellen: Deutsche Bundesbank; Statistisches Bundesamt; Berechnungen des DIW.

den Branchen Mineralölverarbeitung und chemische Industrie nieder, die zu diesem Zeitpunkt noch nicht abgeschlossen waren und erst in den Folgejahren bei den Umsätzen ins Gewicht fallen werden (Tabelle 4).

Die Privatisierung der DDR-Betriebe durch die Treuhandanstalt war bis Mitte der 90er Jahre der Hauptzugang für ausländische Investoren zu Unternehmen des verarbeitenden Gewerbes in Ostdeutschland. 1998 entfielen gut drei Viertel der Beschäftigten in Industrieunternehmen mit ausländischer Kapitalbeteiligung auf privatisierte und reprivatisierte Unternehmen. Der Anteil der ausländischen Unternehmen an der Wirtschaftsleistung der neuen Länder wird in den nächsten Jahren weiter, wenn auch nur moderat, steigen. Einige bereits begonnene Investitionsprojekte werden fertiggestellt, und die Betriebe werden mit der Produktion beginnen. Weitere Neuansiedlungen, Unternehmensübernahmen und Beteiligungen an bestehenden Unternehmen sind zu erwarten; über das Ausmaß ist aber kaum etwas bekannt. Kapitalbeteiligungen an bestehenden Unternehmen sind inzwischen — wie in allen Industrieländern — der wichtigste Weg ausländischer Investoren zum Engagement in den neuen Ländern. Der dort relativ geringe Unternehmensbestand begrenzt somit auch ihre Investitionsmöglichkeiten.

⁶ Geschätzt auf Basis einer Sonderauswertung der Statistik der Deutschen Bundesbank zur Kapitalverflechtung mit dem Ausland und der DIW-Umfrage in Industrieunternehmen.

Tabelle 4

Verteilung der ausländischen Unternehmen¹⁾ im verarbeitenden Gewerbe auf die neuen Länder
Stand Ende 1997

	Insgesamt	Brandenburg	Mecklenburg-Vorpommern	davon: Freistaat Sachsen	Sachsen-Anhalt	Thüringen
Anzahl der Unternehmen	282	49	22	105	42	64
Beschäftigte in Tsd.	36	6	3	10	7	10
Umsatz in Mrd. DM	22,9	1,8	1,4	4,3	2,6	4,3
Bilanzsumme in Mrd. DM	27,6	1,8	1,9	3,7	8,8	4,2

¹⁾ Unternehmen mit einer Bilanzsumme von mehr als 1 Mill. DM, wenn Ausländern mehr als 20 % der Kapitalanteile oder Stimmrechte gehören.
Quelle: Deutsche Bundesbank.

**Wirkungen auf die Herausbildung
wettbewerbsfähiger Wirtschaftsstrukturen**

In den neuen Ländern haben Unternehmen mit ausländischer Kapitalbeteiligung durchschnittlich mehr Beschäftigte und einen höheren Umsatz je Beschäftigten als die übrigen Unternehmen. Sie wachsen schneller als der Durchschnitt der Wirtschaft in den neuen Ländern.

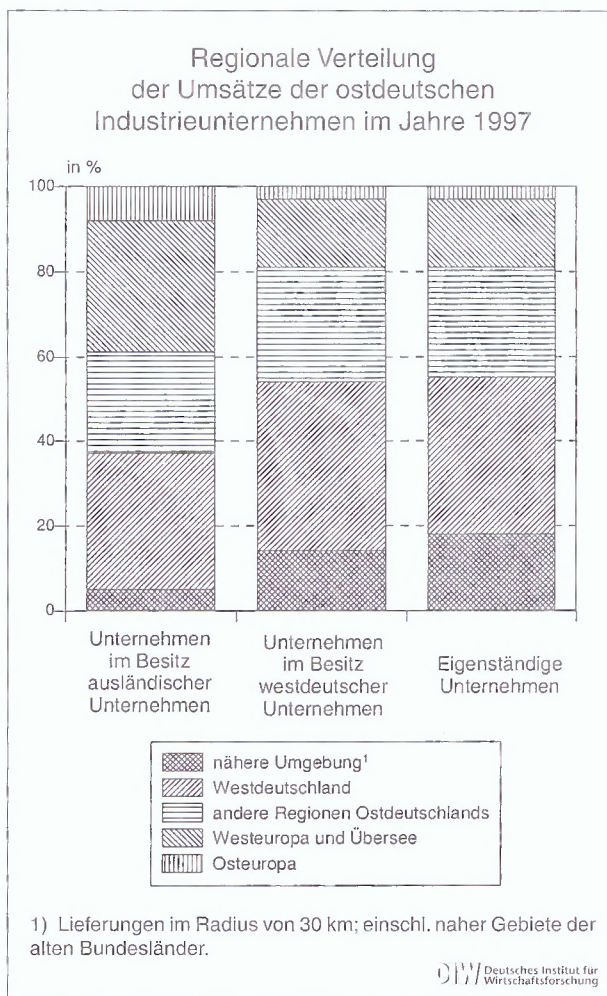
Im Vergleich mit Unternehmen im Besitz westdeutscher Investoren sind ausländische Unternehmen deutlich stärker auf den Absatz nach Westeuropa und Übersee ausgerichtet (Abbildung 2). Sie nutzen die neuen Länder ebenfalls stärker als Brückenkopf, um die Exportmärkte in Osteuropa zu erschließen. Auch hinsichtlich der Bezüge von Vorleistungen und Vorprodukten sind sie in größerem Umfang in die internationale Arbeitsteilung eingebunden. Dies ist mitunter darauf zurückzuführen, daß lokale Zulieferer fehlen. In den Interviews mit Vertretern ausländischer Unternehmen wurde deutlich, daß gerade sie sich um die Erweiterung und Verbesserung des Angebots an Zulieferungen in der Nähe ihrer Standorte in den neuen Ländern bemühen. Dies kann durch die Qualifizierung der bestehenden Unternehmen und die Unterstützung der Ansiedlung von Zulieferern geschehen.

Besonders diejenigen Unternehmen mit ausländischer Kapitalbeteiligung, die vorher nicht in der Bundesrepublik ansässig waren, oder diejenigen, die in Ostdeutschland auf anderen Geschäftsfeldern als in Westdeutschland tätig sind, siedeln in den neuen Ländern auch höherwertige Unternehmensfunktionen an. Sie unterscheiden sich damit vom Durchschnitt der größeren ostdeutschen Unternehmen mit Firmenzentralen im früheren Bundesgebiet. Der Anteil der Beschäftigten in Forschung und Entwicklung ist in Unternehmen mit ausländischer Kapitalbeteiligung im Durchschnitt höher als in den eigenständigen ostdeutschen Unternehmen und jenen im Besitz westdeutscher Gesellschaften. Sie tragen somit erheblich zur Erhaltung und zum Ausbau des Potentials für

Forschung und Entwicklung im Wirtschaftssektor der neuen Länder bei.

Darüber hinaus haben ausländische Unternehmen — mit massiver staatlicher Hilfe und Risikobeteiligung — eine ganze Reihe großer Unternehmen übernommen und

Abbildung 2



saniert, die in den betreffenden Regionen oft die wichtigsten industriellen Arbeitgeber und Auftraggeber für die lokale Zulieferindustrie sind, etwa

- die Werften in Mecklenburg-Vorpommern,
- die Unternehmen der Mineralöl- und Stahlindustrie in Brandenburg,
- ein großes Unternehmen des Waggonbaus in Brandenburg, Sachsen-Anhalt und Berlin,
- die großen Mineralöl- und Chemieunternehmen im Dreieck Leuna-Böhlen-Schkopau (Sachsen und Sachsen-Anhalt).

Kritiker haben wiederholt behauptet, daß hierbei mit umfangreichen staatlichen Subventionen veraltete Industriestrukturen konserviert worden seien. Mit der Sanierung und weiteren umfangreichen Investitionen sind jedoch in diesen Fällen inzwischen durchaus wettbewerbsfähige Industriestrukturen entstanden. Man muß allerdings einräumen, daß die Erhaltung von Schiffbau und Stahlindustrie trotz europaweiter Überkapazitäten und gegen den Willen der Wettbewerber von der Politik vorwiegend aus Gründen der Stabilisierung der Wirtschaftskraft der Regionen durchgesetzt wurde. Es ist kaum vorstellbar, daß an diesen Standorten mit Maßnahmen zur Entwicklung neuer Industrien in vergleichbarem Umfang die kurzfristig notwendigen Erfolge mit weniger Aufwand erreicht worden wären.

Investitionsmotive und Standortbewertung

Das wichtigste Investitionsmotiv für ausländische Unternehmen ist die Erwartung, Marktanteile in bestehenden, vor allem jedoch in sich neu entwickelnden Märkten zu gewinnen. Die Unternehmen suchen Vertriebs- und Produktionsstandorte innerhalb von sich dynamisch entwickelnden Marktregionen. Das Wirtschaftswachstum und die Entstehung neuer Märkte für Waren und Dienstleistungen in Deutschland und Europa sind deshalb die wichtigsten Voraussetzungen dafür, daß ausländische Investoren weiterhin der Ansiedlung sowie Unternehmensbeteiligungen und -übernahmen in den neuen Ländern Interesse entgegenbringen.

Die Einschätzungen zur Wirtschaftsentwicklung in den neuen Bundesländern und zur Dauer des Aufholprozesses sowie zu den Marktchancen in Osteuropa haben sich seit 1990 grundlegend gewandelt. Wichtige Zielmärkte für größere ostdeutsche Unternehmen sind nicht mehr nur Ostdeutschland selbst und Osteuropa, sondern auch Westdeutschland und Westeuropa. Investitionsstandorte in den neuen Ländern stehen häufig mit strukturschwachen und hochsubventionierten Regionen in den Mitgliedsländern der EU in West- und Südeuropa im Wettbewerb. Die Attraktivität der neuen Bundesländer für ausländische Investoren wird gegenwärtig wesentlich von drei Faktoren bestimmt, und zwar

- vom direkten Zugang zum deutschen und westeuropäischen Markt,
- von niedrigen Kapitalkosten vor allem durch die staatliche Investitionsförderung und
- vom Potential an qualifizierten und motivierten Arbeitskräften bei relativ geringen Lohnkosten.

Die vom Umfang her bedeutendste staatliche Fördermaßnahme waren die Zuschüsse zu Investitionen im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe zur Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur (GA). Ausländische Unternehmen wurden dabei im Durchschnitt mit der gleichen Quote gefördert wie deutsche Unternehmen. Etwa 15 % der GA-Mittel für die gewerbliche Wirtschaft flossen an Unternehmen mit ausländischer Kapitalbeteiligung. Die großzügige Förderung von Investitionen war eine Ursache für die Konzentration der ausländischen Unternehmen auf kapitalintensive Branchen im verarbeitenden Gewerbe. Von den zahlreichen anderen Förderprogrammen in den neuen Bundesländern, die sich vorwiegend an kleine und mittlere Unternehmen richteten, konnten viele ausländische Unternehmen aufgrund ihrer Größe und der Zugehörigkeit zu internationalen Konzernen indes nicht profitieren.

Bemerkenswert ist, daß ausländische Unternehmen den ostdeutschen Standort im Durchschnitt besser bewerten als Unternehmen in westdeutschem Besitz. Das gilt insbesondere im Hinblick auf die Verfügbarkeit von qualifizierten Arbeitskräften, die Fördermittel und die Immobilienpreise. Zufrieden sind sie ebenfalls mit den Leistungen der Wirtschaftsfördergesellschaften, der Kammern und der örtlichen Banken (Tabelle 5). Zu vermuten ist allerdings, daß diese Institutionen den ausländischen Investoren, bei denen es sich oft um vergleichsweise große Unternehmen handelt, mehr Aufmerksamkeit widmen als den übrigen zumeist kleineren Unternehmen. Als Standortnachteile werden von den ausländischen wie von den übrigen Unternehmen vor allem die hohen Energiekosten, die kommunalen Abgaben (u. a. Wasser, Abwasser) und die Arbeitsweise der kommunalen Verwaltungen angegeben. Die von den Unternehmensvertretern in den Interviews geäußerte Kritik am Produktionsstandort bezieht sich zum Teil auf für Deutschland insgesamt geltende Bedingungen wie auf die vermeintlich hohen nominalen Unternehmenssteuern, hohe Lohnzusatzkosten, hohe Regulierungsdichte und einen teilweise unzureichenden Service der öffentlichen Verwaltungen. Schwierigkeiten gäbe es auch bei Arbeits- und Daueraufenthaltsgenehmigungen für Ausländer aus Nicht-EU-Ländern. Bei der von Investoren seit längerem angemahnten Verkürzung der Genehmigungsverfahren seien jedoch gerade in den neuen Ländern spürbare Fortschritte erreicht worden. Das Image der ostdeutschen Standorte würde auch durch die oft noch unzureichenden Fremdsprachenkenntnisse der Mitarbeiter in den Unternehmen und staatlichen Verwaltungen beeinträchtigt.

Tabelle 5

Bewertung der Standortbedingungen durch ostdeutsche Industrieunternehmen nach Eigentumsstatus 1998

Standortfaktor	Alle Unternehmen	davon:		
		Eigenständige Unternehmen	Unternehmen in Besitz west westdeutscher Unternehmen	Unternehmen in Besitz ausländischer Unternehmen
...% der Unternehmen sehen den Standortfaktor als sehr wichtig an				
Kundennähe	50	49	54	39
Lohnkosten	46	44	55	54
Angebot an qualifizierten Arbeitskräften	42	40	50	54
Fördermittel	39	39	40	40
Autobahnanschluß	35	32	42	47
Energiekosten	35	33	41	47
Dienstleistungen der örtlichen Banken	29	32	19	21
Lieferantennähe	28	27	33	26
Unterstützung durch die Landesregierung	21	21	20	26
Unterstützung durch Industrie- und Handelskammer	20	22	15	12
Unterstützung durch Wirtschaftsfördergesellschaften	20	21	16	17
Kommunale Abgaben	19	19	19	17
Qualität der kommunalen Verwaltung	18	18	20	22
Gutes Image der Stadt oder Region	18	18	18	18
Angebot an Gewerbeflächen	14	15	11	11
Gewerbemieten	13	15	7	9
Grundstückspreise	12	12	12	8
Nähe zu Hoch- und Fachhochschulen	12	12	10	13
Nähe zu Forschungseinrichtungen	10	10	8	11
Wohnungen und Wohnumfeld	7	8	6	6
Öffentlicher Nahverkehr	7	7	8	5
Luftverkehrsverbindungen	7	6	10	16
Bildungseinrichtungen, medizinische Versorgung	6	6	6	11
Überregionale Bahnverbindungen	6	5	10	6
Kulturelles Angebot	5	6	5	7
Naherholungsmöglichkeiten	5	5	4	5
Index: 10 = gut, 0 = zufriedenstellend, -10 = schlecht				
Kundennähe	4,0	4,0	4,3	2,5
Lohnkosten	0,6	0,2	1,6	1,3
Angebot an qualifizierten Arbeitskräften	0,8	0,1	2,0	3,7
Fördermittel	1,2	-1,4	0,8	2,5
Autobahnanschluß	2,2	2,3	2,4	0,3
Energiekosten	-6,5	-6,7	-5,9	-6,9
Dienstleistungen der örtlichen Banken	0,6	0,2	2,3	3,7
Lieferantennähe	3,2	3,4	3,0	2,5
Unterstützung durch die Landesregierung	-0,8	-1,2	0,3	2,5
Unterstützung durch Industrie- und Handelskammer	1,1	1,1	1,1	2,9
Unterstützung durch Wirtschaftsfördergesellschaften	0,6	0,5	1,2	4,7
Kommunale Abgaben	-5,7	-6,0	-4,8	-4,5
Qualität der kommunalen Verwaltung	-2,8	-3,0	-1,7	-2,6
Gutes Image der Stadt oder Region	2,1	2,1	1,9	2,7
Angebot an Gewerbeflächen	4,1	3,9	4,8	7,3
Gewerbemieten	-1,4	-1,6	-1,5	1,0
Grundstückspreise	0,1	-0,6	1,9	4,4
Nähe zu Hoch- und Fachhochschulen	6,6	6,4	7,3	7,1
Nähe zu Forschungseinrichtungen	5,3	5,3	5,2	5,7
Wohnungen und Wohnumfeld	2,6	2,6	2,8	.
Öffentlicher Nahverkehr	0,9	1,0	0,6	.
Luftverkehrsverbindungen	0,9	1,8	-0,7	0,5
Bildungseinrichtungen, medizinische Versorgung	3,8	3,7	3,8	7,7
Überregionale Bahnverbindungen	0,0	0,2	0,5	.
Kulturelles Angebot	0,5	0,4	0,6	.
Naherholungsmöglichkeiten	3,0	2,5	4,6	.
Quelle: Unternehmensbefragung des DIW von Anfang 1998.				

Fazit und Anknüpfungspunkte für die Wirtschaftspolitik

Ausländische Investoren haben sich in den neuen Ländern bislang in Wirtschaftsbereichen engagiert, die für westdeutsche Unternehmen zum Teil wenig interessant waren, da diese sich bereits in den jeweiligen Märkten etabliert hatten und über ausreichende Kapazitäten und modernes Anlagenkapital verfügten. Dabei handelt es sich überwiegend um kapitalintensive Bereiche, die zum Teil nicht zu den wachstumsdynamischen gezählt werden. In Teilbereichen führte das Engagement ausländischer Investoren auch zu Verdrängungswettbewerb.

Für die Verbreiterung der wirtschaftlichen Basis in den neuen Ländern ist ein weiterer Zuwachs des industriellen Engagements wünschenswert. Dazu sollte das Potential des Auslands noch stärker erschlossen werden. Die neuen Länder werden aber weitere ausländische Investoren nur anziehen können, wenn sie im Vergleich zu anderen Standorten in der EU attraktiv sind.

Die aus heutiger Sicht wichtigsten Vorteile Ostdeutschlands gegenüber dem früheren Bundesgebiet sind die geringeren Lohnkosten und die umfangreiche Investitionsförderung in der gesamten Region. Diese werden aber nicht von Dauer sein und müssen durch andere Faktoren nach und nach ersetzt werden. Um vor allem Investoren mit zukunftsorientierten Produktionen und Dienstleistungen anzuziehen, sollte die Investitionsförderung im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe stärker auf diese Bereiche sowie auf Forschung und Entwicklung konzentriert werden. Bei der Förderung sollte noch stärker den Investitionen Vorrang gegenüber der konsumtiven Verwendung gegeben werden. Ein Schwerpunkt sollte zunehmend auch in der Verbesserung der sogenannten „weichen“ Standortfaktoren liegen, um Ostdeutschland für hochqualifizierte Fachkräfte aus dem In- und Ausland at-

traktiver zu machen. Dazu gehören Wohnen, Kultur, Freizeit, Schulen (speziell internationale Schulen) und nicht zuletzt Offenheit gegenüber Ausländern.

Auch das Standortmarketing für Deutschland und speziell für die neuen Länder kann nach Ansicht der Wirtschaftsfördergesellschaften und einiger ausländischer Investoren noch verbessert werden. Dazu sollte das Informationssystem über wichtige Charakteristika des Investitionsstandortes (Steuern, Förderung, Unternehmens-, Arbeits- und Umweltgesetzgebung) erweitert werden. Zu prüfen wäre auch, ob das bisherige Standortmarketing für die neuen Länder intensiv und effektiv genug ist.

Das Engagement ausländischer Investoren gibt wichtige Informationen über die Einschätzung des Standortes aus Sicht international agierender Unternehmen. Deshalb sollte die dafür notwendige Informationsbasis verbessert werden. Die Deutsche Bundesbank erfaßt nur wenige Kennzahlen der größeren Unternehmen mit ausländischer Kapitalbeteiligung. Auch in den Förderstatistiken wird der Gesichtspunkt des ausländischen Eigentums nur von einigen Landesförderinstituten und Projektträgern berücksichtigt. Ein möglicher Weg zur Verbesserung der Informationsgrundlagen könnte in der Einbeziehung der Eigentumsverhältnisse der Unternehmen in die Berichterstattung des Statistischen Bundesamtes zum produzierenden Gewerbe liegen. Die dort bereits vorhandenen Daten könnten dann über Sonderauswertungen auch für Fragestellungen zur Internationalisierung genutzt werden. Ein anderer Weg wird in den USA beschritten, wo das Handelsministerium ein größeres Spektrum von Daten zu den Aktivitäten von Unternehmen mit ausländischer Kapitalbeteiligung erfaßt und veröffentlicht.⁷

⁷ Vgl. u.a. M. Fahim-Nader: Foreign Direct Investment in the United States, New Investment in 1998, Survey of Current Business, June 1999, S. 16-23, und W. J. Zeile: Foreign Direct Investment in the United States, Preliminary Results From the 1997 Benchmark Survey, Survey of Current Business, August 1999, S. 21-54.

Herausgeber: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Königin-Luise-Str. 5, D-14195 Berlin
Telefon (0 30) 89 789-0 — Telefax (0 30) 89 789-200
DIW-Internet-Homepage: <http://www.diw.de>

Präsident: Prof. Dr. Lutz Hoffmann.

Abteilungsleiterkollegium: Dr. Kurt Hornschild, Prof. Dr. Rolf-Dieter Postlep,
Wolfram Schreittl, Ph. D., Dr. Bernhard Seidel, Dr. Hans-Joachim Ziesing.

Präsident und Abteilungsleiter sind gemeinsam für die wissenschaftliche Leitung verantwortlich.

Schriftleitung: Kurt Geppert, Jochen Schmidt, Dieter Teichmann.

Ausländische Investoren in den neuen Bundesländern: Potential noch nicht ausgeschöpft.

Bearbeiter: Heike Belitz, Karl Brenke und Frank Fleischer.

Verlag Duncker & Humblot GmbH, Carl-Heinrich-Becker-Weg 9, D-12165 Berlin, Telefon (0 30) 7 90 00 60.

Nachdruck und sonstige Verbreitung — auch auszugsweise — nur mit Quellenangabe zulässig.

Satz: Pinkuin Satz und Datentechnik, Berlin

Druck: Druckerei Conrad GmbH, Wachsmuthstr. 12, D-13467 Berlin.

Bezugspreis für den Jahrgang DM 210,—, vierteljährlich DM 65,—, Einzelnummer DM 15,—,
zuzüglich Versandkosten

ISSN 0012-1304

	Arbeitslose		Offene Stellen		Auftragseingang (Volumen) ²⁾													
					Verarbeitendes Gewerbe						Vorleistungsgüter- produzenten		Investitionsgüter- produzenten		Gebrauchsgüter- produzenten		Verbrauchsgüter- produzenten	
	in 1000				1995 = 100													
	mtl.	vj.	mtl.	vj.	mtl.	vj.	mtl.	vj.	mtl.	vj.	mtl.	vj.	mtl.	vj.	mtl.	vj.	mtl.	vj.
1997 J	4 258		331		102,6		96,5		113,5		103,5		102,1		103,0		98,0	
F	4 260	4 260	332	329	103,6	103,4	98,0	97,5	113,8	114,0	106,0	105,3	101,2	101,6	103,2	103,2	100,3	99,1
M	4 263		325		103,9		97,9		114,7		106,4		101,6		103,4		99,1	
A	4 310		319		105,3		98,5		117,6		106,4		105,9		103,3		97,8	
M	4 375	4 365	320	321	105,0	105,4	98,5	98,5	116,5	117,8	106,9	107,4	104,4	104,9	103,2	103,8	96,9	97,2
J	4 412		325		106,0		98,6		119,4		108,9		104,5		104,9		96,9	
J	4 444		331		106,4		99,2		119,3		109,4		105,2		104,0		96,4	
A	4 476	4 472	339	338	107,5	107,5	99,1	99,3	122,5	122,3	109,3	109,6	108,6	108,0	103,2	104,1	95,6	96,1
S	4 498		345		108,6		99,5		125,2		110,1		110,2		105,1		96,3	
O	4 508		353		109,4		101,1		124,3		111,7		110,2		104,3		97,4	
N	4 495	4 494	367	365	109,8	109,9	101,8	101,6	124,0	124,6	112,6	112,1	110,2	110,8	103,5	104,3	98,0	97,9
D	4 481		378		110,4		101,9		125,6		112,0		112,2		105,0		98,3	
1998 J	4 436		382		111,2		103,8		124,6		112,3		114,2		106,6		96,2	
F	4 423	4 423	391	392	111,6	111,6	104,2	104,0	124,8	125,2	112,5	112,2	114,4	114,9	108,1	107,9	97,1	96,6
M	4 412		404		111,9		104,0		126,2		111,8		116,1		108,9		96,6	
A	4 372		418		109,8		102,3		123,5		110,8		111,8		109,2		94,8	
M	4 312	4 316	432	428	111,7	110,6	103,9	102,8	125,9	124,6	112,0	111,1	115,2	113,4	109,4	108,6	96,1	96,5
J	4 266		437		110,2		102,3		124,4		110,5		113,1		107,1		98,6	
J	4 229		438		110,4		103,4		123,1		109,4		114,7		110,2		97,0	
A	4 195	4 192	443	440	108,6	109,5	102,4	103,1	119,5	121,1	109,0	109,3	110,3	112,6	108,0	109,2	96,9	96,3
S	4 155		441		109,5		103,4		120,6		109,4		112,7		109,5		94,9	
O	4 122		438		107,7		100,5		120,8		107,4		110,5		109,6		93,5	
N	4 126	4 126	433	433	107,9	107,7	100,9	100,5	120,4	120,9	107,3	107,5	110,4	110,2	111,7	110,6	93,5	93,1
D	4 130		430		107,6		100,0		121,5		107,7		109,8		110,6		92,4	
1999 J	4 087		443		107,3		99,8		120,9		108,5		107,6		109,7		94,8	
F	4 076	4 077	449	448	107,4	107,2	98,9	99,3	122,8	121,5	107,4	108,5	109,7	107,8	109,6	109,1	92,5	93,0
M	4 070		452		106,9		99,1		120,8		109,5		106,1		108,1		91,8	
A	4 084		452		111,2		102,4		127,0		112,3		113,2		109,4		97,2	
M	4 106	4 103	446	447	108,2	110,3	99,7	101,5	123,4	126,2	109,4	111,1	109,2	112,6	108,3	110,3	94,6	94,0
J	4 122		444		111,6		102,3		128,1		111,6		115,3		113,3		90,1	
J	4 119		452		112,1		101,7		130,9		114,7		112,6		110,4		95,2	
A	4 122	4 124	455	457	116,5	114,5	104,7	103,1	137,7	135,0	116,3	115,8	121,1	117,1	116,2	113,3	95,0	94,2
S	4 132		466		114,8		102,8		136,4		116,5		117,5		113,4		92,3	
O	4 124		475		117,6		107,0		136,7		118,6		122,4		113,3		94,5	
N	4 101		481															
D																		

¹⁾ Saisonbereinigt nach dem Berliner Verfahren (BV4). Dieses Verfahren hat die Eigenschaft, daß sich beim Hinzufügen eines neuen Wertes davorliegende saisonbereinigte Werte in der Zeitreihe auch dann ändern können, wenn deren Ursprungswert unverändert geblieben ist. Die Vierteljahreswerte wurden aus den saisonbereinigten Monatswerten errechnet. — ²⁾ Außerdem arbeitstäglich bereinigt.

	Beschäftigte im Bergbau und im Verarbeitenden Gewerbe		Produktion ²⁾										Umsätze des Einzelhandels		Außenhandel (Spezialhandel) ²⁾			
			Verarbeitendes Gewerbe		Investitionsgüter- produzenten		Gebrauchsgüter- produzenten		Verbrauchsgüter- produzenten		Bauhaupt- gewerbe				Ausfuhr		Einfuhr	
	in 1000		1995 = 100										1995 = 100		Mrd. DM			
	mtl.	vj.	mtl.	vj.	mtl.	vj.	mtl.	vj.	mtl.	vj.	mtl.	vj.	mtl.	vj.	mtl.	vj.	mtl.	vj.
1997 J	6 481		101,7		103,2		102,5		100,8		87,4		100,7		68,6		60,0	
F	6 466	6 465	102,7	102,4	103,2	103,0	100,5	100,5	101,4	101,3	95,7	92,3	98,5	99,1	70,7	212,1	62,5	185,7
M	6 448		102,8		102,5		98,4		101,8		93,8		98,0		72,8		63,2	
A	6 434		103,4		104,5		103,8		99,6		91,8		99,8		69,4		60,0	
M	6 420	6 421	102,9	103,9	103,5	105,0	98,1	101,9	100,9	100,5	88,0	89,9	98,9	99,7	73,9	217,6	65,8	189,0
J	6 411		105,4		107,1		103,7		100,9		89,9		100,3		74,3		63,2	
J	6 401		105,8		106,7		104,8		101,0		89,8		98,6		74,3		65,2	
A	6 392	6 393	104,6	105,4	105,3	106,3	99,3	102,2	100,8	100,9	88,1	89,1	97,3	98,4	75,7	228,2	66,0	197,7
S	6 389		105,7		106,9		102,6		100,9		89,4		99,4		78,2		66,4	
O	6 389		106,8		107,5		101,4		101,8		89,8		100,3		76,5		67,4	
N	6 388	6 387	107,5	107,5	108,1	107,9	104,2	103,3	101,8	101,8	90,2	89,7	97,4	99,0	78,2	234,5	68,6	202,7
D	6 386		108,1		108,2		104,3		101,9		89,1		99,2		79,8		66,6	
1998 J	6 388		108,6		110,3		104,5		101,7		91,4		99,8		80,0		70,4	
F	6 390	6 392	109,6	109,5	112,3	112,5	107,8	107,4	100,5	100,8	89,7	89,7	99,7	99,4	79,9	239,3	68,8	207,5
M	6 397		110,3		114,8		110,0		100,2		88,0		98,8		79,3		68,3	
A	6 406		109,0		112,1		105,1		101,4		85,7		99,8		82,2		71,8	
M	6 408	6 407	111,0	109,7	115,0	113,1	109,8	106,9	101,5	101,3	88,6	87,1	100,3	99,5	80,2	242,4	66,8	209,3
J	6 410		109,2		112,2		105,9		101,0		86,9		98,4		80,0		70,6	
J	6 414		110,3		114,8		108,6		101,1		87,3		100,5		79,9		69,1	
A	6 416	6 414	110,2	110,1	114,3	114,1	108,6	109,2	100,7	100,8	87,0	86,8	100,1	100,3	79,2	236,4	68,4	205,3
S	6 413		109,7		113,3		110,4		100,6		86,2		100,2		77,3		67,8	
O	6 409		109,7		113,9		112,7		99,9		85,6		98,9		79,0		67,7	
N	6 406	6 406	109,1	109,2	113,4	113,8	108,9	110,3	100,1	100,0	85,0	84,9	101,3	100,4	78,9	234,3	66,7	203,9
D	6 404		108,7		114,1		109,3		100,1		84,0		100,9		76,4		69,5	
1999 J	6 416		109,5		111,6		109,8		101,0		89,5		98,6		77,9		65,3	
F	6 407	6 405	108,5	108,7	110,6	110,5	108,6	109,0	101,4	101,3	84,0	86,3	99,9	100,9	78,5	234,8	67,7	201,2
M	6 395		108,2		109,3		108,6		101,5		85,4		104,3		78,4		68,2	
A	6 373		111,1		112,3		114,4		102,2		87,3		98,7		80,0		68,5	
M	6 367	6 365	107,8	109,6	109,0	111,0	111,9	113,7	99,8	101,1	83,4	85,0	98,6	99,7	78,3	239,3	71,5	208,8
J	6 358		110,0		111,8		114,9		101,2		84,4		101,9		81,0		68,7	
J	6 353		108,3		109,6		108,3		101,2		83,1		100,0		82,1		70,4	
A	6 348	6 347	110,7	109,9	113,2	112,2	115,3	111,1	101,8	101,5	85,2	83,9	100,6	99,8	82,2	247,3	72,6	215,4
S	6 342		110,6		113,8		109,3		101,6		83,3		98,7		83,2		72,7	
O			111,3		115,7		108,7		101,9		83,5				83,5		72,8	
N																		
D																		

¹⁾ Saisonbereinigt nach dem Berliner Verfahren (BV4). Dieses Verfahren hat die Eigenschaft, daß sich beim Hinzufügen eines neuen Wertes davorliegende saisonbereinigte Werte in der Zeitreihe auch dann ändern können, wenn deren Ursprungswert unverändert geblieben ist. Die Vierteljahreswerte wurden aus den saisonbereinigten Monatswerten errechnet. — ²⁾ Außerdem arbeitstäglich bereinigt.

Quellen: Bundesanstalt für Arbeit; Statistisches Bundesamt.